

Die Nothwendigkeit einer Steuerreform. II.

Wir hatten in unserm gestrigen Artikel die Nachteile der direkten Besteuerung gezeigt und namentlich darauf hingewiesen, wie leicht dieselbe den gemeinen Mann zum Unwillen und zur Unzufriedenheit reize. Dazu kommt, daß die Aufhebung der indirekten Steuer, sowohl des Salzmonopols, wie der Mahl- und Schlachtsteuer in Wirklichkeit durchaus nicht die Vorteile bot, die man davon erwartet hatte. Was hatte man sich vorher nicht Alles von der Billigkeit des Salzes, von der Billigkeit des Fleisches und des Brodes versprochen, man denke etwa nur an die Rede, die Herr Brämel Ende 1873 darüber in dem hiesigen Schützenhaus hielt! Wie aber hat sich dies in Wirklichkeit gemacht? Das Salz kostete im Detailverkauf zur Zeit des Monopols für den gewöhnlichen Mann nach jetzigem Gelde 10 Pf., heute kostet es 13 Pf., und nicht viel besser steht es mit der Billigkeit des Fleisches und mit der Größe des Brodes; das Fleisch ist nicht billiger geworden und das Brod nicht größer. Selbst die Bäcker und Fleischer haben von der Aufhebung der genannten Steuer erwarteten Vorteil nicht gehabt. Das Einzige, was wirklich erreicht wurde, war für Stettin die Aufhebung gewisser, allerdings sehr langweiliger Formalitäten, die den Handel mit Mehl und Schlachtwaare nach auswärtig sehr umständlich machten.

Wir begrüßen es daher mit Freuden, daß in den maßgebenden Kreisen und jetzt auch in der Regierung ein völliger Umschwung der Ansichten über die Vorzüge der direkten und indirekten Steuer zu Gunsten der letzteren eingetreten ist. Nach dem, was über die Pläne unser s jetzigen Finanzministers Hobrecht verlautet, geht man nicht nur damit um, den etwaigen künftigen Mehrbedarf an Einnahmen für das Reich oder Preußen nur durch indirekte Steuern aufzubringen, sondern auch durch die Erträge dieser die jetzt so lästige direkte Klassen- und Einkommensteuer zu ersetzen, ja zur von dem weitest größten Theil der jetzt Steuerpflichtigen gänzlich zu beseitigen. Man will nämlich die jetzigen Matrikular-Beiträge, welche, wie die anderen Staaten, ja auch Preußen zu zahlen hat, durch eine indirekte Steuer, sei es auf Tabak, sei es auf etwas anderes, dem Reiche als selbstständige Einnahmen sichern. Dadurch würden dann natürlich aber diese ganzen Matrikular-Beiträge für Preußen, sei es zu anderen Ausgaben, sei es zu Steuerermäßigungen, disponibel.

Der Herr Finanzminister beabsichtigt nun vor Allem, aus diesen Mitteln zunächst eine allgemeine Ermäßigung der jetzigen Einkommen- und Klassensteuer eintreten zu lassen. Ja, noch mehr! Er beabsichtigt, sämtliche Steuerpflichtigen der ersten bis vierten Stufe der Klassensteuer von dieser Steuer in Zukunft überhaupt frei zu lassen. Was das sagen will, erläutern wir uns durch einige Zahlen zu erläutern. Es gibt jetzt in Preußen überhaupt 4,998,228 Klassensteuerpflichtige, von diesen aber gehören nur 688,482 der fünften bis zwölften Stufe an, während nicht weniger als 4,309,746 der ersten bis vierten Stufe angehören; Alle diese, das heißt also über vier Fünftel der jetzigen Klassensteuerpflichtigen oder alle diejenigen, welche jetzt ein eingeschränktes Einkommen unter 1200 Mark haben, würden dadurch mit einem Schlage von jeder direkten staatlichen Steuer befreit und nur die übrig bleibenden 688,482 Klassensteuerpflichtigen der fünften bis zwölften Stufe und die 175,096 Steuerpflichtigen der Einkommensteuer, also mit einem Worte, nur die Wohlhabenderen würden in Zukunft noch zu direkten Staatssteuern herangezogen werden. Der Arbeiter, der gewöhnliche Mann würde dann gar keine direkten Steuern zu zahlen haben.

Aber nicht genug mit dieser Aufhebung der direkten Staatssteuer! Auch die Kommunalen befrachten ja bisher zu Zwecken ihrer Gemeindeverwaltung einen großen Theil der Ausgaben durch Zuschläge zu der bisher bestehenden Klassen- und Einkommensteuer auf. Würden nun die jetzigen vier untersten Stufen der Klassensteuer vom Staate bei der Besteuerung freigelassen, von den Kommunen

aber doch wieder zur Gemeindesteuer herangezogen, so wäre das nur eine halbe Maßregel. Auf der anderen Seite aber haben die Kommunen meistens bereits jetzt so viel aufzubringen, daß sie auf diese Einnahmen nicht verzichten können. Um dieser Schwierigkeit zu entgehen, hat nun der Herr Finanzminister beschlossen, auch hierin den Gemeinden durch Ueberweisung der Hälfte der jetzt bestehenden staatlichen Grund- und Gebäudesteuer zu Hilfe zu kommen. Nehmen wir an, daß der Kommunalausschlag zu der staatlichen Klassen- und Einkommensteuer in den einzelnen Orten ca. 100 Prozent (in Stettin 166 Prozent) betrage, so würden, da die 4,309,746 Steuerpflichtigen der vier untersten Stufen der Klassensteuer jetzt 21,500,000 Mark an Staatssteuer zahlen, auch die Kommunen ihrerseits, wenn sie alle diese ebenfalls von den direkten Gemeindeforderungen freilassen, selbstverständlich gleichfalls dieselbe Summe von 21,500,000 M. einbüßen. Da aber auf der anderen Seite nach den Berechnungen des „Berl. Tagbl.“ die Hälfte der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer, welche ihnen jetzt zugewiesen werden soll, etwa 31,500,000 Mark beträgt, so würden dieselben dabei immer noch ein sehr gutes Geschäft machen, nämlich gegen jetzt eine Mehreinnahme von circa 10 Millionen Mark erhalten. Die Freilassung der vier untersten Stufen der Klassensteuerpflichtigen auch von den Kommunalsteuern würde daher nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Ließe sich dieses große Resultat, daß alle Arbeiter, alle gewöhnlichen Leute von jeder direkten Steuer frei würden, auf diese Weise erreichen, so würden wir unszweifelhaft gerne eine indirekte Steuer, sei es auf Tabak, sei es auf etwas anderes, in den Kauf nehmen. Man braucht deshalb noch keineswegs einem Monopole zuzustimmen. Die technischen Schwierigkeiten, wie etwa eine ausgiebige Besteuerung des Tabaks ohne Einführung eines Monopols einzurichten wäre, sind keine unüberwindlichen; auch hätte die Idee einer höheren Besteuerung des Tabaks, wenn auch ohne Monopol, bereits in dem früheren Reichstage viele Anhänger. Ist ja der Tabak auch am Ende nicht schlechter ein Nahrungsmittel (leben doch eine Unzahl von Männern und geradezu alle Frauen ohne denselben), sondern nur ein Genuß- und selbst Luxusartikel. Auch glauben wir kaum, daß die Steuer denselben wirklich in dem gefürchteten Maße verteuern würde; denn was würde schließlich am Ende ein Steuerzuschlag von einigen Prozenten bei einem Artikel, der wie Tabak oder Petroleum, so sehr den Konjunkturen unterworfen ist, daß beispielsweise der Preis des letzteren in einem Jahre sich von 13 bis auf 35 Thaler bewegte, ausmachen im Stande sein? Die Wähler würden daher gut thun, bei den diesmaligen Wahlen nur solche Kandidaten zu wählen, welche wie hier der Herr Staatsminister a. D. Dr. Delbrück, zu einer Steuerreform im Sinne der indirekten Besteuerung bereit sind und welche nicht wie die Fortschrittspartei nach wie vor an der Theorie von den Vorzügen der direkten Besteuerung blindlings festhalten. Mögen sich namentlich die Arbeiter und gewöhnlichen Leute, überhaupt alle Klassensteuerpflichtigen der ersten bis vierten Stufe, also alle mit einem eingeschränkten Einkommen unter 1200 Mark, es sich wohl überlegen, daß diesmal im Laufe der nächsten Jahre vielleicht die einzige Gelegenheit eintritt, wo sie von allen direkten Staats- und Kommunalsteuern sich freimachen können.

Deutschland.

*** Berlin, 22. Juli. Nachdem die beiden ersten Ausfahrten des Kaisers am Sonntag und Sonntag von günstigem Erfolg gewesen, hat heute die Ueberstreckung Sr. Majestät zu einem achtägigen Aufenthalt nach Babelsberg stattfinden können.

Die Nachricht, daß Herr v. Werthern von München nach Konstantinopel versetzt worden, bestätigt sich nicht. Derselbe hat im Hinblick auf Familienverhältnisse den Wunsch gehabt, in München zu bleiben. Dagegen bestätigt sich, daß Graf Hatzfeldt, bisher in Madrid, für den Posten in Konstantinopel bestimmt ist.

Heute feiert auf dem Geschlechtstage zu Anklam die Familie Schwerin das 700jährige nach-

welbare Bestehen ihres Geschlechts. Bei dieser Gelegenheit ist als Zeichen der allerhöchsten Anerkennung der genannten Familie, dem Senior derselben, dem Grafen Schwerin-Schweinsburg, Mitglied des Herrenhauses, das Prädikat Excellenz verliehen worden. Derselbe ist, wie man weiß, vor Kurzem durch den Tod eines Sohnes, der Offizier auf dem untergegangenen Schiffe „Großer Kurfürst“ war, in tiefe Trauer versetzt.

Im Ministerium der Justiz und dem des Innern sind nun auch die Motive zu einem Sozialistengesetz ausgearbeitet worden, so daß nunmehr auch dieser Theil der Vorlage Sitzens des Staatsministeriums in Vorbereitung genommen werden wird.

Das Appellationsgericht zu Frankfurt a. D. hat in einer Untersuchung wider den Maurer Hurlmann und Genossen zu Hamburg erkannt, daß der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauerbund zu Hamburg für den Umfang des preussischen Staatsgebiets zu schließen sei.

Masland.

Pest, 20. Juli. Die Veröffentlichung der Kongressprotokolle hat den Gegnern der Okkupation eine neue Waffe geliefert, um die Regierung zu drängen, daß sie in letzter Stunde auf den Einmarsch in Bosnien verzichte. Die Opposition will den Inhalt der Protokolle dahin deuten, daß die Okkupation niemals zu einer Annexion führen könne, indem Italien, Rußland und England auf Grund der Motive der Okkupation — sobald die Ruhe in Bosnien hergestellt sein wird — den Abzug der österreichischen Truppen fordern werden. „Oesterreich-Ungarn — meint die Opposition — ist nicht in der Lage, Blut und Geld zu opfern, nur um dem Sultan die Aufstellung einer Armee von 50,000 Mann zu ersparen, dagegen mögen die Freunde der Annexion bedenken, daß letztere an der Koalition der Mächte scheitern dürfte. Auch in den Kreisen der liberalen Partei beginnen die Führer derselben dem Annexions-Gedanken entschieden entgegenzutreten. Wie man also sieht, sind die Verwicklungen, die der Minister-Präsident in seiner Rede als die Folgen des Einmarsches in Aussicht stellte, bereits im Werden begriffen; aber ich glaube kaum, daß der Widerstand der Ungarn die fernere naturgemäße Entwicklung der bosnischen Frage wird aufhalten können, wenn auch diesbezüglich in den Parlamenten und Delegationen manche harte Kämpfe zu gewärtigen sind.

Trotz den Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen zwischen der Regierung und der Pforte über die Okkupationsfrage aufgetaucht sind, wird die Okkupation nächstens stattfinden, denn in Wien betrachtet man die Okkupation selbst und die Verhandlungen mit der Pforte als zwei getrennte Angelegenheiten. Die Verhandlungen beziehen sich nur auf die Ausführung der Verwaltungs-Uebernahme.

Wie der „Pester Lloyd“ meldet, handelt es sich darum, einzelne Behörden in ihren Aemtern zu belassen, die Souveränitätsrechte des Sultans bis zu einem gewissen Grade in dieser oder jener Weise zu respektiren und die zeitliche Begrenzung der Okkupation von irgend welchen Modalitäten abhängig zu machen. Für die Thatsache der Verwaltungsumnahme, als Ganzes, können aber diese Verhandlungen nicht präjudizierend sein, und es ergibt sich daher die Möglichkeit, daß neben der thatsächlichen Aktion die Verhandlungen mit der Türkei sich weiter spielen.

Paris, 20. Juli. Nach den neuesten Berichten aus Valenciennes ist der gestrige Tag ruhig verlaufen; die Zahl der Streikenden hat aber zugenommen und beläuft sich jetzt auf 8—9000. Sie bestehen auf ihrer Forderung, daß der Arbeitstag auf 8 Stunden herabgesetzt und der Lohn auf ein Minimum von 5 Franc. fixirt, ferner in keinem Falle nach dem Stück berechnet werde. Mit Ausnahme von Denain, wo noch fortgearbeitet wird, waren gestern sämtliche Gruben der Gesellschaft von Anzin geschlossen. Mehrere bonapartistische Maires der Gegend sind wegen mißbräuchlicher Behandlung der Wählerlisten suspendirt worden.

Wie weiter aus Valenciennes gemeldet wird, hat das dortige Gericht 15 von den Räubersführern des Streikes von Anzin zu 6 Monaten, vier zu 4 Monaten und einen zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Das republikanische Wahlcomité von Denain hat an die Arbeiter folgenden Aufruf gerichtet: „Grubenarbeiter! Angesichts der Störungen, welche von fremden Streikenden in unserer Gegend

herbeigeführt worden sind, empfiehlt euch das republikanische Comité vor Denain die größte Ruhe und Vorsicht. Die Republik schöpft, wie ihr alle wißt, ihre Stärke in dem Schutze der Ordnung und der strengen Beobachtung des Gesetzes. Ihr müßt also zeigen, daß ihr wahre Republikaner, wahre Freunde der Ordnung seid und den üblen Rathschlägen, die man euch von außen zuschießen könnte, kein Gehör schenkt.“ Das republikanische Comité von Condé und der republikanische Kandidat der Gegend, Herr Alfred Girard, haben ähnliche Proclamationen erlassen. Anlässlich des Streikes von Anzin schreibt der „Soleil“, ein konservatives und schützönerisches Blatt: „Der Strike von Anzin ist allem Anscheine nach mehr als ein Strike. Er ist nicht nur eine gewaltsame Reklamation von Arbeitern, welche das Unrecht haben, sie in drohender Form vorzubringen, noch ehe man ihnen eine abschlägige Antwort erteilt hat; er ist vielmehr ein vorläufig noch vereinzelter und Probeversuch der Internationale, Ruhestörungen herbeizuführen, die in ihren Augen der Anfang der von ihr geträumten sozialen Revolution wären. Nun denn, die Internationale wird diese soziale Revolution nicht durchsetzen. Die gesellschaftliche Gesellschaft ruft auf stärkeren Grundlagen, als man sich einbildet; sie hat schon gefährlichere Stürme abgeschlagen als diejenigen, welche die zur Internationale schwärmenden Streiker ihr in Anzin, in Creuzot oder sonst in einem industriellen Centrum liefern können. Sie hat den furchtbaren und direkten Angriff der aus den Nationalwerkstätten hervorgegangenen Kunitkämpfer ausgehalten, eine förmliche Schlacht des kettenden Sozialismus gegen die bestehende Gesellschaft, welche, soweit Menschen und Dinge verglichen werden können, an den Slavenaufstand von Rom erinnerte. Diese sozialistische Erhebung wurde niedergeworfen. Einen Augenblick hatte man allerdings befürchten können, daß sie die Oberhand behielte; aber schon war ganz Frankreich in Bewegung gerathen, und von allen Punkten des Landes eilten massenhaft Bertheidiger der bedrohten gesellschaftlichen Ordnung herbei. Das mögen sich die Internationalisten nur gesagt sein lassen. Nein, die gesellschaftliche Gesellschaft wird sich nicht vernichten lassen und jedem Angriff gegen ihre hundertjährigen Grundlagen wird sie, gleichviel unter welchem politischen Regime sie stehen mag, einen thatkräftigen und erfolgreichen Widerstand entgegenhalten.“ Der Artikel schließt dann folgendermaßen: „Wenn die Internationale, in welcher der Geist des Bösen waltet, auch nicht zu fürchten ist, so kann sie doch schwere Störungen, verderbliche Arbeitsfehler und selbst Blutvergießen herbeiführen. Das öffentliche Interesse erheischt also, daß man gegen sie, wo immer sie mit strafbaren Allen hervortreten mag, in Frankreich, in Belgien, in Deutschland, in England, in der Schweiz, strenge Maßregeln ergreife.“

Paris, 21. Juli. Gambetta frühstückte gestern Morgen bei dem Prinzen von Wales im Hotel Bristol.

Rom, 21. Juli. Das Meeting dauerte eine Stunde. Zum Präsidenten wurde Menotti Garibaldi gewählt. Im Bureau saßen 400 Republikaner. Das Publikum bestand aus 4000, nur der bourgeoisie angehörende Personen. Der Verlauf war ruhig. Es sprachen: Imbriani, Fratti, Parboni, Zuccari, bekannt als Redner auf dem letzten republikanischen Kongress. Alle protestirten gegen die Haltung der Regierung auf dem Kongress zu Berlin. Parboni predigte den Krieg gegen Oesterreich. Imbriani sagte, Blumard verweigere Italien den Besitz Triests, weil er es für Deutschland beansprucht. Fratti nannte den Kongress einen Schandfleck auf der Stirn der Monarchie, den selbst der demokratische Name Garibaldi nicht abwäsche. Er nannte Corti einen Ignoranten, Beaconsfield sei ein Schacherer weißer Sklaven, der sich der Vermittlung nicht des Mäkkers, sondern des . . . (Der Ausdruck ist so stark, daß wir ihn nicht wiederzugeben wagen. Di. Red.) Blumard bedient habe. Alle Redner verlangten Orient und Triest. Imbriani verlas Depeschen des Comité's in Triest und Orient. Ferner ging ein Telegramm Garibaldi's aus Kaprera ein. Der Wortlaut desselben ist: „Sklaven besitzen das Recht des Kettenbrechens, Triestiner, stürmt Berge!“ Freuetisch Applaus folgte; die Tagesordnung: Protest gegen den Berliner Vertrag, allgemeines Stimmrecht, Erlösung italienischer Provinzen aus der Fremdherrschaft wurde jubelnd angenommen. Das Meeting ward geschlossen.

Die hinterbliebene Wittve nebst Sohn.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. d. M.,
Abends 6 Uhr, vom Trauerhause, Junkerstraße Nr. 5
nach dem alten Kirchhof vor dem Königsthor statt.